

Tierschutzbeirat

Des Landes Rheinland-Pfalz

www.Tierschutzbeirat.de

Jahresbericht 2002

Berichtszeitraum: 09.11.2001 – 31.12.2002

Tierschutzbeirat

Des Landes Rheinland-Pfalz

www.Tierschutzbeirat.de

Sitzungen

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt 8 Sitzungen des Tierschutzbeirates statt, und zwar am

Freitag, 09.11.2001,
Montag, 12.12.2001,
Mittwoch, 27.02.2002, jeweils in Mainz, Ministerium für Umwelt und Forsten
Mittwoch, 17.04.2002, in Birken-Honigessen, Hunde-Forschungsstation „Wolfswinkel“
Mittwoch, 19.06.2002, in Mainz, Ministerium für Umwelt und Forsten
Montag, 02.09.2002, in Bingen, Hofgut der Fachhochschule
Montag, 04.11.2002, in Mainz, Ministerium für Umwelt und Forsten
Montag, 09.12.2002, Jubiläumssitzung in Mainz

Bei der konstituierenden Sitzung für die 4. Amtsperiode des Tierschutzbeirates wählten die Mitglieder Herrn Dr. Helmut Stadtfeld erneut zum Vorsitzenden sowie Frau Monika Arnold zu dessen Stellvertreterin. Nähere Informationen über die aktuelle Besetzung des Beirates können der Internetseite www.tierschutzbeirat.de entnommen werden.

Mit der Sitzung am 09.12.2002 beging der Tierschutzbeirat im Beisein von Frau Ministerin Conrad, Vertretern des öffentlichen Lebens und Tierschutzbeirats-Mitgliedern aus anderen Bundesländern sein 10-jähriges Bestehen. Die Veranstaltung im Ministerium für Umwelt und Forsten widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema „Staatsziel Tierschutz“ und hier wiederum den Konsequenzen, die hinsichtlich des Schächtens aus der Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz resultieren.

Nach einem Grußwort der Ministerin und einem Rückblick des Vorsitzenden auf die vergangenen 10 Jahre referierte Herr Dr.Jost vom Ministerium für Umwelt und Forsten zum v.g. Thema. Die Vorträge sowie schriftlichen Beiträge verschiedener Organisationen und Einzelpersonen anlässlich des Jubiläums können ebenfalls auf der Internetseite nachgelesen werden.

Die Jubiläumssitzung gab darüber hinaus Gelegenheit zu ausgiebiger Diskussion, nicht nur über die Grundgesetzänderung und Folgerungen etwa auch für tierexperimentelle Forschung und Jagd, sondern darüber hinaus über Themen wie „gefährliche Hunde“ oder die Intensivierung der Zusammenarbeit der Tierschutzbeiräte.

Die Jubiläumssitzung war durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Ministeriums für Umwelt und Forsten und der Tierschutzbeiräte vorbereitet worden, die mehrfach in Mainz sowie einmal in Bingen zusammengekommen war.

Bezüglich der Wahrnehmung sonstiger Termine durch den Vorsitzenden und andere Mitglieder des Tierschutzbeirates wird auf die nachfolgenden Ausführungen zu wesentlichen Themen verwiesen, mit denen sich der Tierschutzbeirat im Jahre 2002 befasst hat:

Gefährliche Hunde

Am 30.01.2002 fand im Ministerium für Umwelt und Forsten eine Besprechung statt, bei der es insbesondere um die Situation der Tierheime ging, die durch die Aufnahme von Kampfhunden vielfach überfordert sind. Seitens des Tierschutzbeirates nahmen Frau Arnold und der Vorsitzende teil. Mit Vertretern des Ministeriums des Innern und für Sport sowie der Tierheime und der Landestierärztekammer wurden Probleme des Vollzugs der Gefahrenabwehrverordnung erörtert. Durchschlagende Erfolge hinsichtlich der Unterbringung und Vermittlung der Hunde waren nicht zu verzeichnen. Als wesentliches Problem wurde die sogenannte Kampfhundesteuer ausgemacht (dazu später mehr).

In einem Gespräch mit Vertretern des AK Umwelt und Forsten der SPD-Landtagsfraktion (Herr Stretz, Frau Mangold-Wegner), welches für den Tierschutzbeirat durch Frau Karsten und den Vorsitzenden geführt wurde, ging es unter anderem um gesetzgeberische Initiativen zum Thema Hunde, etwa um eine Erweiterung der Rasseliste, die der Tierschutzbeirat strikt ablehnt. Dagegen wird eine Art „Hundeführerschein“ grundsätzlich positiv gesehen, sofern dabei die Hürden nicht zu hoch gehängt werden. Es könnte nicht sein – so das Votum der Beiratsvertreter –, dass Hundehaltung künftig ein Privileg hochgebildeter Menschen ist oder dass die Vorschrift bewirkt, dass sich Leute statt eines Hundes einen Alligator halten.

Mit Schreiben vom 22.05.2002 an Herrn Innenminister Zuber und die Landtagsfraktionen sprach sich der Beiratsvorsitzende gegen die Aufnahme des Rottweilers in die Rasseliste aus, wie sie von politischer Seite gefordert worden war.

An einer Informationsveranstaltung des ISM zum Thema „Gefährliche Hunde“ am 23.05.2002 in Mainz-Hechtsheim nahm Frau Karsten für den Tierschutzbeirat teil.

Zum Thema „Anleinpflcht“ äußerte sich der Tierschutzbeirat Mitte Juli 2002 in der Presse sowie in einem Schreiben an Herrn Innenminister Zuber. Vorausgegangen war ein Artikel der Rhein-Zeitung, wonach das ISM eine generelle Anleinpflcht für Hunde innerhalb von Städten und Gemeinden plant. Auf Grund der Bedenken des Beirates hinsichtlich Bewegungsbedürfnis der Hunde und Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit der Umgebung ließ das ISM verlauten, es gehe nur um ein Anleingebot im Geschäfts- oder Wohngebiet. Ein Entwurf der neuen Gefahrenabwehrverordnung bzw. des entsprechenden Gesetzes lag dem Tierschutzbeirat trotz mehrerer Anfragen zum Ende des Berichtszeitraums nicht vor.

Am 30.10.2002 gab der Vorsitzende dem SWR-Hörfunk ein Interview zu den Themen Anleinpflcht und Hundeführerschein.

Kampfhundesteuer

Zu diesem Thema erging Anfang Februar 2002 eine Pressemitteilung des Tierschutzbeirates sowie ein Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck, nachrichtlich an die betroffenen Ressorts der Landesregierung sowie an Gemeinde- und Städtebund und Städtetag. Der Tierschutzbeirat vertrat hiermit die Auffassung, dass diese Steuer als Lenkungsinstrument ins Leere geht, da die in der Gefahrenabwehrverordnung genannten Rassen ohnehin nicht mehr gezüchtet, erworben oder aus dem Ausland verbracht werden dürfen. Die Steuer löst keine Probleme, schafft aber welche, indem sie der Überfüllung der Tierheime Vorschub leistet.

In einem Gespräch des Tierschutzbeirat-Vorstandes mit Vertretern der v.g. Kommunalen Spitzenverbände am 12.04.2002 wurde dieser Standpunkt nochmals bekräftigt. Ein Positionspapier des Tierschutzbeirates wurde vom Städtetag seinen Mitgliedern (große Städte) zur Verfügung gestellt, nicht jedoch vom Gemeinde- und Städtebund.

In einem Leserbrief in der Regionalausgabe Westerwald der Rheinzeitung vom 04.12.2002 äußerte sich Frau Arnold als stellvertretende Vorsitzende des Tierschutzbeirates zu einem Beschluss einer Gemeinde im Westerwaldkreis, eine Kampfhundesteuer einzuführen.

Maulkorbzwang für Hunde in Zügen der Deutschen Bahn AG

Schreiben des Vorsitzenden an Bahn-Chef Mehdorn 21.06.2002:

Alternative Maulkorb oder Transportbehältnis ist überzogen und eine Zumutung für Hund und Halter.

Ländervorschriften über gefährliche Hunde gelten natürlich auch in der Bahn, darüber hinausgehende Maulkorbpflcht für friedliche Hunde ist eine tierschutzrelevante Beeinträchtigung.

Antwortschreiben DB 02.07.2002: Regelung wird verteidigt. Vorteil sei die Unabhän-

gigkeit von „Kampfhunde“-Vorschriften der Bundesländer. Hunde aller Art können jetzt transportiert werden, auch wenn Mitreisende widersprechen.

Gefährdung durch Hundekot

Artikel Nassauische Neue Presse 08.08.2002 erweckt den Eindruck, dass Hundekot Auslöser von Muskelfinnen beim Rind ist.

Richtigstellung durch Schreiben des Tierschutzbeirates vom 20.08.2002: Infektionsquelle ist der Mensch, nicht der Hund. Dies soll kein Plädoyer für einen sorglosen Umgang mit Hundekot sein. Die zunehmende öffentliche Meinungsmache gegen Hunde und ihre Besitzer sollte aber nicht noch durch falsche Behauptungen untermauert werden.

Weitere Themen des Tierschutzbeirates im Zusammenhang mit Hunden

- Kostenübernahme für „Kampfhunde“-Unterbringung in einem pfälzischen Tierheim.
- Schutzhundeausbildung.
Mitglieder des Tierschutzbeirates nahmen am 14.03.2002 an einer Vorführung des Hundesportvereins Bingen-Kempten teil und diskutierten mit Vereins- und Verbandsvertretern das Für und Wider der Ausbildung mit Figuranten.
- Unzureichende Hundehaltung einer kreisfreien Stadt in der dortigen Stadtgärtnerei.
- Unterbringung von Diensthunden beim Polizeipräsidium Mainz.

Verwilderte Hauskatzen

Stellungnahme von Frau Arnold namens des Tierschutzbeirates gegenüber der Rhein-Zeitung zum Thema „Umgang mit verwilderten Katzen“ wird am 17.01.2002 abgedruckt.

Schächten

Stellungnahme des Vorsitzenden gegenüber der Presseagentur EPD Koblenz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.01.2002.

Pressemitteilung des Tierschutzbeirates anlässlich der Jubiläumssitzung am 09.12.2002. Tenor: Das Schächten ist ein wichtiger Prüfstein für die Umsetzung des Staatsziels Tierschutz. Die Schlachtung ohne Betäubung ist kein zwingendes religiöses Erfordernis. Es ist an der Zeit, das Schächten völlig zu verbieten.

Neben diesen grundsätzlichen Ausführungen zum Thema Schächten befasste sich der Tierschutzbeirat mit der Genehmigungspraxis in einem bestimmten Schlachtbetrieb, dem für den Feiertag Kurban-Bayrami eine Erlaubnis erteilt worden war.

Der Vorsitzende referierte bei einer Gesprächsgruppe „Gewalt gegen Schöpfung“ im Rahmen des ökumenischen Pfälzer Forums am 27.04.2002 in Bellheim über das Schächten.

Tierauffangstation

In einem Schreiben vom 14.11.2001 an eine Kritikerin des Trägervereins „TierArt“ nahm der Vorsitzende auf Grund ausführlicher Darlegungen der Vereinsvorsitzenden Frau Finke Stellung zu den Vorwürfen. Tenor: Niemand ist ohne Fehler, auch nicht der Vorstand von „TierArt“. Der Tierschutzbeirat steht aber nach wie vor zu dem Projekt in Maßweiler und dem Verein.

Vogelpflege

Frau Finke vertrat den Tierschutzbeirat beim 16. Vogelforum „Rehabilitation von Vögeln in Pflegestationen der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland“ am 09.03.2002 in Gießen.

Skybeamer

Mit Schreiben vom 01.02.2002 an die Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland schlägt der Tierschutzbeirat vor, das Hessische Kooperationsmodell mit dem Hotel- und Gaststättenverband betr. Verzicht auf Skybeamer in den Monaten Oktober/November auch für Rheinland-Pfalz anzustreben.

Tierarzneimittel-Novelle

Auf seiner Sitzung am 12. Dezember 2001 befasste sich der Beirat im Beisein eines Vertreters der Landestierärztekammer mit der Tierschutzrelevanz geplanter Vorschriften des Arzneimittelrechts. Bereits mit Schreiben vom 27.11.2001 hatte der Vorsitzende im Hinblick auf eine anstehende Beratung im Bundesrat das für Rheinland-Pfalz federführende Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit gebeten, auf eine Nachbesserung hinzuwirken, da der Entwurf auf eine weitere Einschränkung tierärztlicher Behandlungsmöglichkeiten hinausläuft bzw. – aus der Sicht der Tiere betrachtet – zu einer Verringerung der Aussichten, von Schmerzen und Leiden befreit zu werden. In der Folgezeit kam es tatsächlich zu punktuellen Nachbesserungen. Das Thema ist allerdings zu komplex, um an dieser Stelle halbwegs erschöpfend behandelt werden zu können.

Änderung der „Landesverordnung über die Änderung der Jagdzeiten und über die Erklärung zum jagdbaren Tier“

Verordnungsentwurf wird dem Tierschutzbeirat mit Schreiben vom 23.07.2002 zur Stellungnahme übersandt.

Geplante Änderungen:

1. Nach bundesgesetzlicher Einschränkung der Jagd auf Ringel- und Türkentauben (früher 01. Juli bis 30. April, jetzt 01. November bis 20. Februar) soll es in Ausnahmefällen zur Vermeidung übermäßiger Wildschäden möglich sein, die Bejagung in der Schonzeit zuzulassen.
2. Jagdzeit Elster und Rabenkrähe wird zur Anpassung an EG-Recht verkürzt (früher 01. August bis 15. März, künftig 01. August bis 20. Februar).

Stellungnahme 14.08.2002:

Keine Bedenken, wobei jedoch folgendes angemerkt wird.

ad 1.: Untere Jagdbehörden müssen entsprechend den Maßgaben des Art. 9 EG-Vogelschutzrichtlinie restriktiv verfahren (strenge Prüfung, Ausschöpfung anderer Möglichkeiten, kalenderjahrbezogene Meldung).

ad 2.: Zustimmung ist nicht so zu interpretieren, dass der Beirat mit einer Bejagung vom 01. August bis 20. Februar einverstanden ist.

Änderung des Landesjagdgesetzes – Zulassung künstlicher Lichtquellen bei der Schwarzwildjagd

Die geplante Änderung wurde am 19.06.2002 im Tierschutzbeirat erörtert, der allerdings in dieser Frage nicht durch die Landesregierung um Stellungnahme gebeten worden war.

Die Bedenken des Beirates konnten aus Zeitgründen nicht mehr in den Gesetzgebungsprozess einfließen.

Die betreffende Änderung ist ab 13.07.2002 in Kraft.

Mit Schreiben vom 17.07.2002 hat die SGD Süd als obere Jagdbehörde zugelassen, dass im Impfgebiet Schwarzwild unter Verwendung künstlicher Lichtquellen erlegt werden darf.

Bejagung von Rabenvögeln

Mit Schreiben vom 26.09.2002 an Frau Ministerin Conrad bat der Tierschutzbeirat um Informationen über die bisherigen Erfahrungen mit der seit Dezember 1998 in Rheinland-Pfalz zugelassenen Bejagung von Elster und Rabenkrähe. Insbesondere interessiert den Beirat – neben den Abschusszahlen – die Entwicklung der Rabenvogel- und Niederwildbeständen in den für entsprechende Beobachtungen ausgewählten Revieren.

Frau Conrad hat inzwischen zugesagt, das Thema anlässlich der Sitzung vom 10.02.2003 mit dem Tierschutzbeirat zu erörtern.

Haltung von afrikanischen Straußen

In einem Interview mit dem SWR-Hörfunk am 11.01.2002 nahm der Vorsitzende allgemein zur Straußenhaltung Stellung, des Weiteren in einem Beitrag von SWR 3, aufgenommen am 16.05.2002 auf dem Gelände der Straußfarm „Gemarkenhof“ bei Remagen.

Tierschutz im Unterricht

Das Buch „Praktischer Unterricht Biologie-Tierschutz“ von Anke Schiller und Barbara Grune, erschienen im Ernst Klett Verlag, Stuttgart, im Jahre 2001, wurde vom Tierschutzbeirat erworben und durch die Beiratsmitglieder Dr. Sabel, Prof. Dr. Stier und Dr. Stadtfeld als sehr geeignet für Unterrichtszwecke befunden. Herr Dr. Sabel hat im April-Heft der Zeitschrift UPA (Umwelt-praktisch-aktuell) des Pädagogischen Zentrums Bad Kreuznach eine Buchbesprechung veröffentlicht.

„Naturale 2002/2003“ – 18. Internationales Naturfilmfestival des Pfalzmuseums für Naturkunde

Der Tierschutzbeirat hat mit Zustimmung des Ministeriums für Umwelt und Forsten einen Sonderpreis von 500,-- € für einen Beitrag gestiftet, der sich ganz besonders dem Tierschutz widmet.

Die Jury tagte am 23.09.2002 unter Mitwirkung der stellvertretenden Beiratsvorsitzenden Monika Arnold und wählte den Film „Mitgeschöpflichkeit“ von Beate Heitger für den Sonderpreis aus. Der 15 Minuten dauernde Amateurfilm befasst sich mit Schweinehaltung nach dem „Nürtinger Modell“.

Ausstellung „Ein Heim für Tiere“

Die Ausstellung, welche ab 21.11.2000 erstmals im Foyer des Ministeriums für Umwelt und Forsten gezeigt worden war, wurde am 21.05.2002 im Adolf-Reichwein-Studienseminar in Westerburg eröffnet. Bei dieser Gelegenheit referierte der Vorsitzende vor ca. 40 angehenden Hauptschullehrern über das Thema „Haustierhaltung in Schulen“.

Von dort „wanderte“ die Ausstellung ins Foyer des Konrad-Adenauer-Gymnasiums in Westerburg.

Schließlich wurde sie – in Teilen – anlässlich der Jubiläumssitzung des Tierschutzbeirates am 09.12.2002 in Mainz nochmals gezeigt.

Tierschutzpreis

Die Preisverleihung durch Frau Ministerin Conrad fand am 27.11.2002 im Beisein

mehrerer Mitglieder des Tierschutzbeirates statt. Frau Heike Krebs und Herr Norbert Leicher hatten diesmal seitens des Tierschutzbeirates der Jury angehört.

Internet-Seite des Tierschutzbeirates

Die „Homepage“ wurde aktualisiert und unter anderem um ein Kapitel über Witterschilde erweitert.

Des Weiteren findet sich dort eine ausführliche Sonder-Rubrik „10 Jahre Tierschutzbeirat“.

Fortbildung

Teilnahme des Vorsitzenden am 4. Niedersächsischen Tierschutzsymposium in Oldenburg (Oldbg.) am 21./22.02.2002.

- Ende des Berichts -

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Helmut Stadtfeld
Vorsitzender des Tierschutzbeirates Rheinland-Pfalz